

SPD: Kommunen brauchen sofort Hilfe

Städte und Gemeinden haben Finanzlücken von 24 Milliarden Euro, sagen die Bundestagspolitiker

Lothar Schmalen

Berlin/Düsseldorf. Die NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion will erreichen, dass die in der Corona-Krise gebeutelten Kommunen mehr finanzielle Unterstützung nicht nur vom Land, sondern auch vom Bund bekommen. Zwar sei es in erster Linie eine Aufgabe der Länder, den Kommunen wegen ihrer zusätzlichen Belastungen finanziell unter die Arme zu greifen, doch stehe auch der Bund in der Verantwortung. So müsse der Bund die Kommunen von den zusätzlichen Sozialausgaben entlasten und in der Gesundheitsversorgung stärken, heißt es in einem Beschluss, den die Landesgruppe fasste und der unserer Zeitung exklusiv vorliegt.

Aber auch das Land NRW müsse den Kommunen hel-

fen. Städte, Gemeinden und Landkreise bräuchten jetzt kurzfristig Mittel aus dem Sondervermögen des Landes. Dies hatte NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) zuletzt in einem Interview mit dieser Zeitung auch zugesagt, allerdings noch keine Summen und Zeitpunkte für diese Unterstützung genannt.

Bei der SPD, die mit Vizekanzler Olaf Scholz auch den für Finanzleistungen zuständigen Minister stellt, geht man davon aus, dass den Kommunen in Deutschland insgesamt ein Finanzloch von 24 Milliarden Euro entsteht. „Aktuellen Berechnungen zufolge drohen den Kommunen Steuermindereinnahmen von 18 Milliarden Euro und zusätzliche Ausgaben von rund sechs Milliarden Euro“, heißt es in dem Beschluss. „Die Not der Kommunen muss jetzt end-

lich ganz oben auf die Tagesordnung“, sagt Achim Post, SPD-Bundestagsabgeordneter aus dem Kreis Minden-Lübbecke und Vorsitzender der NRW-Landesgruppe. Dass Bund und Länder immer nur darauf warteten, dass der andere handle, bringe den Kommunen gar nichts.

„Not der Kommunen muss auf Tagesordnung“

Außerdem stünden viele kommunale Unternehmen vor einer existenziellen Bedrohung. In Abstimmung mit dem Bund müsse das Land NRW den Kommunen und den kommunalen Unternehmen daher einen neuen Weg zur Kredit-

versorgung und Liquiditätssicherung ermöglichen. Kommunale Unternehmen wie Flughäfen, Messen, Veranstaltungszentren und Kultureinrichtungen müssten auch Mittel des Wirtschaftsstabilisierungsfonds sowie branchenspezifische Hilfsmaßnahmen in Anspruch nehmen können. Dies hatte auch NRW-Kommunalministerin Scharrenbach gefordert. Auch habe die Lage der Kommunen harte Folgen für die Wirtschaft, weil die Kommunen als größter öffentlicher Investor deutlich weniger investieren würden.

Die NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Beschluss ein Sofortprogramm, das die Kommunen vor den unmittelbaren Folgen der Corona-Krise schütze. Weil die strukturschwächsten Kommunen besonders hart betroffen seien,



Achim Post. Foto: dpa

müsse jetzt auch endlich das Problem der Altschulden gelöst werden. Dafür hatte sich Finanzminister Scholz schon vor der Corona-Krise ausgesprochen, war unter anderem aber auch vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus aus Gütersloh, ausgebremst worden.

Im Beschluss der NRW-Landesgruppe der SPD heißt es

nun, „die zögerliche Haltung der NRW-Landesregierung“ in dieser Sache müsse beendet werden. Achim Post sagte, auf die Rivalität zwischen NRW-Landeschef Armin Laschet (CDU) und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) anspielend: „Wir brauchen jetzt in Düsseldorf und in München keinen Wettbewerb über Kanzlerkandidaten, sondern über die Frage, wie wir unseren Städten und Gemeinden so schnell wie möglich helfen können.“ Außerdem fordert die NRW-Landesgruppe, dass das Land die Finanzausfälle der Kommunen durch die Aussetzung der Eltern-Gebühren für die Zeit der Kita-Schließungen komplett übernimmt. Bislang will das Land NRW die Einnahmeausfälle nur zur Hälfte übernehmen. Die andere Hälfte soll von den Kommunen aufgebracht werden.